



## Presseinformation

Nr. 155/2011

Kiel, Freitag, 18. März 2011

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Katharina Loedige**, MdL  
Stellvertretende Vorsitzende

**Günther Hildebrand**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Innen und Recht / Integration

### Gerrit Koch: Die neuen Regelungen werden die Integration fördern

Zu dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Gerrit Koch**:

„Das Gesetz gegen Zwangsverheiratungen ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt. Zwangsheiraten haben keinen Platz in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft“, so Koch. Das Strafmaß von bis zu fünf Jahren Haft könne einen gewissen Abschreckungseffekt haben, hofft der Landtagsabgeordnete. Insbesondere das Recht auf Wiederkehr nach einer Verschleppung ins Ausland, begrüßt der FDP-Politiker, weil so doppeltes Unrecht an den Betroffenen vermieden werden könne.

„Die Lockerung der Regeln für Asylbewerber ist ein entscheidender Schritt in Richtung Teilhabe und Integration. Wir unterstützen, dass Asylbewerber sich in einem größeren Gebiet als bisher bewegen, zur Schule gehen und nach Arbeit suchen können“, so Koch. Auf diese Art und Weise erhielten Asylbewerber die Möglichkeit, Teil der Gesellschaft zu werden. „Die FDP in Schleswig-Holstein ist Vorreiter in dieser Thematik. Justizminister Schmalfuß hat schon eine Verordnung zur Änderung der Ausländer- und Aufnahmeverordnung mit liberaleren Regeln der Residenzpflicht auf den Weg gebracht, die voraussichtlich im Mai in Kraft treten wird“, so Koch.

Dass die Erteilung unbefristeter Aufenthaltsgenehmigungen in Zukunft an das Bestehen eines Integrationskurses gekoppelt werden soll, hält Koch für richtig: „Die Anforderungen des Integrationskurses sind zumutbar, und erfolgreiche Integration kann nur funktionieren, wenn beide Seiten sich dabei nachweislich engagieren.“

www.fdp-sh.de